20. Generalversammlung der Zimmerer.

k. Berlin, 4. Februar.

Zweiter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst über den Ausschußbericht und dann über den Redaktionsbericht debattiert. Bei letzterem gab ein Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Polemiken des Zimmerers mit dem Grundstein aufgehört haben; es sei zu hoffen, daß dieser Zustand anhält.

Von den Schlußworten ist hervorzuheben, daß Schrader betonte, er habe nicht gesagt, die Kameraden sollten sich nicht politisch betätigen. Im Gegenteil, er habe betont, daß die Zimmerer die Pflicht hätten, auch in der politischen Organisation ihren Mann zu stellen. Nur in den Verbandsversammlungen solle keine Politik betrieben werden, um der Polizei jede Handhabe zum Vorgehen gegen die Zahlstellen zu nehmen.

Ausschußvorsitzender Kube-Berlin verlangte einen Beschluß des Verbandstags darüber, ob der Vorstand verpflichtet ist, den Entscheidungen des Ausschusses nachzukommen. Die Generalversammlung entschied gegen eine Stimme in bejahendem Sinne. In der Sache selbst — so wurde mit überwiegender Mehrheit beschlossen — habe der Ausschuß jedoch nicht richtig gehandelt.

Redakteur Bringmann betonte, er wäre sehr zufrieden, wenn die Differenzen mit dem Grundstein erledigt wären. Sie hätten ihre Ursachen in den verschiedenen Richtlinien beider Verbände.

Den Verbandsinstanzen wurde dann Entlastung erteilt. Der Vorstand erhält die Ermächtigung, für die internationale Verbindung einen bestimmten Betrag auszuwerfen.

Ueber den Punkt:

Unsere diesjährige Tarifbewegung

referierte Verbandsvorsitzender Schrader-Hamburg, der zunächst einen Rückblick über die zentralen Verhandlungen mit den Arbeitgebern in München und Berlin gab. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen sind bereits in der Presse geschildert worden. Aus den Ausführungen des Referenten sei noch hervorgehoben: Der Hauptpunkt war die Forderung der Arbeiter auf eine allgemeine Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten diese rundweg ab. Sie sagten, die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und der Stand des Geldmarkts machten eine Lohnerhöhung unmöglich. Kommt in einzelnen Bezirken eine Lohnerhöhung zustande, will der Arbeitgeberbund dieser nicht entgegentreten. Er will aber keine allgemeine Erhöhung gewähren. Die Unternehmer wandten auch ein, durch die Lohnerhöhung, die der Tarif von 1910 gebracht hat, seien einige Bezirke zu sehr belastet, die damalige Erhöhung sei ausreichend. Wir müssen demgegenüber sagen, daß diese Erhöhung durchaus nicht genügt, die enorme Steigerung der Lebensmittel auszugleichen. (Sehr richtig!) Bezüglich der Arbeitszeit wollen die Arbeitgeber keine Zugeständnisse machen; von ihrem alten Grundsatz, nicht unter zehnstündiger Arbeitszeit zu gewähren, soll nicht abgegangen werden. Wir werden aber unsere Forderung nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit aufrecht halten. (Zustimmung.) Zur Akkordarbeit ist unser Standpunkt: für die Zimmerer darf es keine Akkordarbeit geben. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß in dem Vertrag besonders gesagt werden. Die Arbeitsnachweise der Unternehmer sind heute nur Kontroll- und Maßregelungsbureaus. Da muß eine Neuregelung vorgenommen werden; die Arbeitgeber wollen aber die Nachweise in ihrer bisherigen Art bestehen lassen. Das Betongewerbe kann ruhig mit in den Vertrag einbezogen werden. Für die Einschalung muß aber der Zimmererlohn zur Bezahlung kommen.

Die Tarifverhandlungen kamen zu Ende, ohne einen Schritt vorwärts gekommen zu sein. Am 24. Februar sollen abermals Verhandlungen stattfinden, und bis zum 15. Februar sollen die Vertragsparteien ihre Anträge den Unparteiischen einreichen. Die bisherige Stellung der Arbeitgeber ergibt, daß sie in keinem einzigen Punkte unseren Wünschen Rechnung tragen wollen. Bei dem Standpunkt der Unternehmer hätten wir eigentlich nicht nötig, noch viele Worte zu verlieren. Nach diesem können wir darauf rechnen, daß eine Einigung nicht erzielt wird, daß wir bald wieder vor der Frage stehen: Was soll geschehen? Die Unternehmer wollen es zum Bruch kommen lassen. Sie sind zum Kampf gerüstet. Wohl sind die Unternehmer für einen Tarifvertrag. Sie verfolgen aber damit einen anderen Zweck als wir. Sie wollen uns damit knebeln, fesseln, unserer Organisation Hindernisse in den Weg legen. Das müssen wir vermeiden, so weit darf und kann es nicht gehen. Auch wir wünschen geregelte Zustände, lassen uns aber keine Fesseln anlegen. Es kann kein bedingungsloses Unterwerfen geben. Kommt es zum Kampf, wird dieser größere Dimensionen annehmen, wie der 1910. An uns liegt es heute, zu erklären, daß wir uns eine Diktatur des Arbeitgeberbundes nicht gefallen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über diesen Punkt war ziemlich ausgedehnt. Der Standpunkt der Unternehmer wurde scharf kritisiert, und energisch ausgesprochen, daß von den Forderungen der Arbeiter nicht abgegangen wird. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung: das waren die zwei Punkte, die alle Redner in den Vordergrund stellten. Die enorme Verteuerung der Lebensmittel bedinge eine Lohnerhöhung, die allgemein durchgeführt werden müsse. Ebenso sei eine Arbeitszeitverkürzung nötig. Wollten die Unternehmer diesen Forderungen nicht entsprechen, dann pfeife man lieber auf den Abschluß eines Vertrags, sagte unter Zustimmung ein Braunschweiger Delegierter. Verlangt wurde auch eine größere Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, wie überhaupt gegen den Abschluß eines Reichstarifs Bedenken erhoben wurden. Auch über die Schiedsgerichte herrscht große Mißstimmung. Die Ausführungen [illegible] der Akkordarbeit wurden allgemein unterstützt, diese dürfte nicht [illegible] werden. Einen sehr breiten Raum in der Debatte nahm die Frage ein, ob das Betongewerbe mit in den Tarifvertrag einbezogen werden soll. Die Verhältnisse im Betongewerbe sind sehr verschieden. In Süddeutschland werden vielfach für Einschalungsarbeiten höhere Löhne bezahlt als wie für sonstige Zimmererarbeiten, während in Norddeutschland meist das umgekehrte der Fall ist. Hieraus sind auch die verschiedenen Meinungen in dieser Frage erklärlich. Die meisten Redner traten dafür ein, daß das Betongewerbe mit in den Tarifvertrag einbezogen wird. Ein Württemberger Delegierter erklärte dagegen, daß man dadurch den Unternehmern in Württemberg einen großen Gefallen tun würde. Von anderer Seite wurde betont, der Zimmererlohn müsse für Einschalung mindestens gewährt, die bereits höherenSätze aber berücksichtigt werden. Die Betonarbeit sei eine Lebensfrage für die Zimmerer. — Die Praktiken der Unternehmer mit ihren Arbeitsnachweisen wurden in gebührender Weise gekennzeichnet und scharf kritisiert. In den Tarifvertrag dürften die Unternehmer-Arbeitsnachweise nicht einbezogen werden. Die Arbeitervertreter in den Kommunen sollten versuchen, die Streikklausel zu verhindern und die Lohnklausel einzuführen.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet.

Im Schlußwort hob Schrader hervor, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten mit dem von den Vertretern der Organisation bei den Tarifverhandlungen eingenommenen Standpunkt nicht aufgekommen sind. Er betonte, daß auch die Bauarbeiter Gegner der Akkordarbeit seien, aber sie zurzeit nicht ganz verhindern könnten. Für die Einschalungsarbeiten soll der Zimmererlohn als Minimum festgelegt werden, unter dem nicht bezahlt werden darf. Den einzelnen Orten bleibe es vorbehalten, eventuell höhere Sätze tariflich festzusetzen.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Indem die 20. Generalversammlung das Verhalten und die Stellungnahme der Verbandsvertreter bei den bisherigen zentralen Tarifverhandlungen als richtig anerkennt, spricht sie die bestimmte Erwartung aus, daß die Interessen des Gesamtverbandes sowohl wie die seiner Mitglieder auch bei den künftigen Tarifverhandlungen nach Maßgabe der im Referat gegebenen Richtlinien in weitgehendstem Maße gewahrt werden. — Der bisherige Gang der diesjährigen Tarifverhandlungen macht es aber ferner notwendig, daß fortan mit Nachdruck für die Ausbreitung des Verbandes und seiner finanziellen Erstarkung Sorge getragen wird."

Zur Betonfrage wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die Generalversammlung hat gegen die Aufnahme des Betongewerbes in das Tarifverhältnis nichts einzuwenden, wenn für Einschalungsarbeiten am Betonbau Löhne festgelegt werden, die nicht geringer sind als die Löhne der Zimmerer." In einem weiteren hierzu angenommenen Antrag wird verlangt, daß angelernte Zimmerer (Einschaler) im Zimmererverband zu organisieren sind.

Ueber den Stand des Bauarbeiterschutzes verbreitete sich hierauf der Sekretär der Bauarbeiterschutzkommission, Heinke-Berlin. Er wies nach, wie unzureichend der Bauarbeiterschutz noch ist, kennzeichnete dabei besonders die Rückständigkeit Preußens in dieser Hinsicht, und forderte weitgehendsten Ausbau der Bestimmungen für den Arbeiterschutz.

Nach kurzer Debatte, in der die Ausführungen des Referenten unterstrichen wurden, stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der ausgesprochen wird, daß, da die Durchführung des Bauarbeiterschutzes letzten Endes Sache der Arbeiter ist, die Befolgung der Resolutionen der Bauarbeiterschutzkongresse erwartet wird. Die maßgebenden Instanzen, Generalkommission und sozialpolitische Abteilung, sollen diesen Bestrebungen die weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Terrorismus und Erpressung der Unternehmer.

Dieselben Methoden, die die Unternehmer gegen die Arbeiter anwenden, benützen sie auch gegen die Unternehmer, die nicht mit ihnen spinnen wollen, aber insbesondere gegen ihre Lieferanten. Sie gehen auch schamlos vor, um ihre Widerstandskassen zu füllen, wie nachstehendes vom Vorwärts veröffentlichtes Zirkular beweist:

„Sehr geehrter Herr!

Der Beginn eines neuen Geschäftsjahres steht bevor und damit die Erneuerung der Ihnen bekannten Vorzugskarten. Trotz des Beschlusses des Händlerverbandes, keine Karten abzunehmen, ist der Erlös noch in keinem Jahre so hoch gewesen wie in diesem Jahre. Es zeugt dies einmal von einer straffen Disziplin unserer Mitglieder, die unsere Parole: „Ohne Vorzugskarte keinen Auftrag" immer mehr befolgen; zum anderen von einer erfreulichen Einsicht unserer Lieferanten, die durch Lösung der Karten bekundet haben, daß sie hierdurch mitarbeiten wollen an einer Gesundung und Gesunderhaltung unseres Gewerbes.

Diese Herren haben eingesehen, daß die durch Tarifverträge dem Erwerbe vom Arbeitgeberverband erkämpfte Ruhe auch ihnen zugute kommt, indem durch Streiks und Aussperrungen verursachte Arbeits- und damit Materialausfälle wegfallen, unsere Kollegen hierdurch weiterhin finanziell gestärkt werden und ihren Verpflichtungen weit besser nachzukommen vermögen, wie eine durch Streiks und Aussperrungen geschwächte Arbeiterschaft. Ganz besonders gilt dies im kommenden Frühjahr. Am 15. Februar laufen bekanntlich die Tarifverträge ab und die Gehilfenschaft, die in den letzten Jahren sowohl in numerischer wie finanzieller Beziehung außerordentliche Fortschritte gemacht hat, wird, nach den bisher bekannt gewordenen exorbitant hohen Forderungen zu urteilen, alles versuchen, uns und damit auch unsere Lieferanten zu schädigen. In diesem Kampfe gehören Händler und Malermeister, die ein gleiches Interesse an dem Wohlergehen des Gewerbes haben, zusammen und ein Beitrag zur Rüstkammer des Arbeitgeberverbandes durch Lösung der Vorzugskarten ist deshalb sicherlich kein unbilliges Verlangen.

Da wir eine Liste aller derjenigen Lieferanten, die Vorzugskarten bezogen und diejenigen, die Karten nicht bezogen haben, drucken lassen, um sie jedem einzelnen unserer Mitglieder zustellen zu können, bitten wir uns auf beiliegender Postkarte angeben zu wollen, wieviel Karten Sie für 1913 benötigen und auf welchen Namen die Haupt- und eventuell Nebenkarten auszustellen sind. Jede Firma muß erst im Besitz einer Hauptkarte zu 20 M. sein, ehe für weitere Vertreter Nebenkarten zu je 10 M. ausgestellt werden können. Da uns im vergangenen Jahre häufiger Klagen zu Ohren gekommen sind, wonach Reisende infolge der gleichen Farben der Karten für 1911 und 1912 Mißbrauch getrieben haben, haben wir für 1913 graue Karten als Hauptkarten und dunkelblaue Karten als Nebenkarten herstellen lassen.

Sollten wir bis zum 15. Dezember d. J. nicht im Besitz Ihrer Bestellung sein, so dürfen wir wohl annehmen, daß Sie keine Karten wünschen. Mit der Verkaufsvereinigung des Bezirks IV der Vereinigten deutschen Tafelglasgroßhändler sind Verhandlungen im Gange über Erneuerung des mit demselben getätigten Vertrages, wonach Vorzugskarten von den Mitgliedern der Vereinigung nicht verlangt werden dürfen.

Sollten Sie bisher Vorzugskarten von uns nicht bezogen haben, und aus dem Vorstehenden deren Berechtigung nicht erkennen, so sind wir gerne bereit, Ihnen kostenlos die Broschüre „Weshalb soll jeder Lieferant eine Vorzugskarte haben?" zuzusenden.

In der Hoffnung, bald von Ihnen zu hören, zeichnet in vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Maler-, Anstreicher- und verwandte Gewerbe in Rheinland und Westfalen, E. V.

E. Wenner, Vorsitzender. Dr. Coelsch, Syndikus."

Und solche Sorte wagt dann, über angeblichen Terrorismus der Arbeiter zu schmälen und Zuchthausgesetze dagegen zu fordern.

Lokales.

Die Sattler und Portefeuiller im Jahre 1912.

Der Jahres- und Kassenbericht der Verwaltungsstelle Dresden für das verflossene Jahr weist eingangs auf die Tatsache der Verteuerung sämtlicher Existenzbedingungen und die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne hin. Es kann mit einer gewissen Genugtuung in dem Bericht konstatiert werden, daß durch die Organisation in den letzten fünf Jahren die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse wesentlich gebessert worden sind. So betrug z. B. der Höchststundenlohn im Jahre 1907 laut Statistik 48 Pf. und es bestand auch noch in mehreren Betrieben die wöchentlich 60stündige Arbeitszeit, während heute der Höchststundenlohn 62 Pf. beträgt und in keinem Betriebe länger als 55½ Stunden pro Woche regulär gearbeitet wird, wobei noch zu bemerken ist, daß in acht Betrieben alles tariflich geregelt ist.

Die Mitgliederzahl betrug 588 am Ende des Jahres 1912, gegen 470 am Anfang desselben. Einer Einnahme der Hauptkasse von 18 731,67 M. steht eine Ausgabe von 18 431,19 M. gegenüber, inklusive 6400 M., die an die Hauptkasse gesendet werden konnten. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 6078,45 M. und eine Ausgabe von 3148,69 M. Arbeitslos waren zusammen 173 Kollegen an 570 Tagen.

Zu erwähnen ist, daß die Bibliothek der Sattler der Zentralbibliothek überwiesen worden ist und daß auch hier eine Jugendabteilung des Verbandes vorhanden ist; denn es werden 548 Beiträge a 10 Pf. angegeben.

Verlockende Arbeitsangebote nach Badeorten

werden jetzt bald wieder in Inseraten der bürgerlichen Zeitungen erscheinen. Da ist eine frühzeitige Warnung an die Arbeiter, nicht ohne bestimmte Arbeitsbedingungen sich zu verpflichten, sehr notwendig.

Das Verbandsorgan der Tapezierer beschäftigt sich in einem Artikel seiner letzten Nummer mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen speziell der Nord- und Ostseebadeorte und stellt die dortigen Lebensbedingungen in Parallele zu denen anderer Orte. Was dort gesagt ist, trifft auch fast für alle anderen Arbeiterkategorien mehr oder weniger zu.

In den Badeorten herrscht im Gegensatz zu fast allen übrigen Orten, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind, noch völlig die Willkür des Unternehmers, der den Arbeitsvertrag in der Regel so zu gestalten sucht, daß der Arbeiter ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. So ist es z. B. vorgekommen, daß allein in Westerland auf Sylt zwei Arbeiter während einer Saison 91 M. an Lohn eingebüßt haben. Die Arbeiter fuhren im Vertrauen darauf, in diesen vornehmen Bädern guten Dienst zu finden (wie ihnen in Inseraten und von Stellenvermittlern versichert wird), nach dort, ohne sich vorher die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich auszumachen. Dort bestimmte dann der Unternehmer den Lohn und die Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt meist 60 bis 65 Stunden wöchentlich bei einem Stundenlohn von 40 bis 50 Pf.; selten werden höhere Löhne gezahlt, und meist nur dann, wenn der Arbeiter die Arbeitsniederlegung ankündigen kann, wenn er Mittel genug zur Rückreise besitzt. Da die Inselbewohner während der Saison so viel verdienen wollen, um die übrige Zeit des Jahres davon leben zu können, sind natürlich die Preise für Kost und Logis entsprechend gepfeffert. Der Arbeiter muß 16 bis 18 M. des Verdienstes nur für Pension ausgeben, dabei müssen die Arbeiter in Ecken und Winkeln hausen, weil jeder Raum an Kurgäste vermietet wird. Ein beliebter Trick verschiedener Unternehmer ist es, den fälligen Lohn nicht oder nicht in voller Höhe auszuzahlen. Eine Klage des Arbeiters ist meist erfolglos, er hat nur noch Aerger, Scherereien und Unkosten. Das hier Geschilderte trifft besonders für Sylt, Borkum und Norderney zu, aber auch über Warnemünde, Pyrmont und Bad Harzburg sind dieselben Klagen laut geworden.

Die Arbeiter werden daher zur Vorsicht gemahnt. Jeder sollte sich vorher bei seiner Gewerkschaft genau informieren und Lohn und Arbeitszeit in einem einwandfreien Arbeitskontrakt vorher ausmachen. Der Arbeiter kommt aber auch nicht in den von ihm erwarteten Genuß des Badelebens; denn bei der üblichen langen Arbeitszeit ist daran nicht zu denken.

Inland.

Die wirtschaftliche Lage der Kunstgewerbezeichner.

nbc. Der Verband der Kunstgewerbezeichner, eine gewerkschaftliche Organisation, hat kürzlich eine Statistik über die soziale Lage seiner Mitglieder aufgenommen. Es ist nicht viel Erfreuliches dabei über den Beruf herausgekommen, der im allgemeinen zu den „künstlerischen" gerechnet wird. Die Zeichner sind heute fast in allen gewerblichen Berufen tätig; die angeführte Statistik führt gegen 40 Spezialbranchen für Musterzeichner auf. Etwa 70 Prozent aller Zeichner sind Musterzeichner in der Textil- und Tapetenfabrikation und im graphischen Gewerbe.

Das Durchschnittsgehalt aller befragten Zeichner betrug 146,22 M. monatlich. Das Gehalt der in Kunstgewerbeschulen Vorgebildeten war etwas höher als das der anderen. Die im Alter von 30 bis 35 Jahren hatten ein Durchschnittsgehalt von 178 M., die von 35 bis 40 Jahren von 185 M. Dabei ist aber zu bedenken, daß von allen befragten Zeichnern nur 5 Prozent älter als 40 Jahre waren. Nach Branchen geordnet ergaben sich folgende Monatsdurchschnittsgehälter: Musterzeichner 132 M., Möbelzeichner 191 M., Metallwarenzeichner 187 M., Keramzeichner 285 M. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 8,9 Stunden, Ferien hatten 68 Prozent aller Zeichner, davon die Hälfte 8 Tage.

Die Arbeitslosigkeit der Privatangestellten im Jahre 1912.

Aus den jetzt vollständig vorliegenden Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes im Reichsarbeitsblatt ergibt sich, daß an der Berichterstattung des Amtes zu Anfang des Jahres 1912 angeschlossen waren 13 Verbände mit 384 199 männlichen und 44 299 weiblichen, zusammen 428 498 Mitgliedern, während am Jahresschluß 14 Verbände mit 485 731 männlichen und 45 980 weiblichen, zusammen 531 711 Mitgliedern angeschlossen waren. Die Angestelltenorganisationen sind also im verflossenen Jahre um 103 213 Mitglieder oder um 24 Prozent gewachsen. Ein sehr erheblicher Zuwachs, der leider eine wesentliche Kraftentfaltung der zum größten Teile auf dem Boden der Harmonielehre stehenden Verbände nicht im Gefolge hat.

Der Umfang der Stellenlosigkeit ist bei den Angestellten naturgemäß weit geringer als bei der gewerblichen Arbeiterschaft, denn auf 100 Mitglieder entfielen im vierten Vierteljahr 1911 1,2 Stellenlose, und im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres 1,4 Stellenlose. Zu Beginn des Jahres waren 5476 Stellenlose vorhanden, am Schlusse 6287. Stellenlos wurden im Laufe des Jahres 33 889 Mitglieder, und in Stellung traten 34 029 Mitglieder. Insgesamt waren 8962 Angestellte 370 727 Tage stellenlos, so daß ein Angestellter durchschnittlich 41 Tage stellenlos war. Wenn also auch die Stellenlosigkeit nicht so häufig ist, wie bei den Arbeitern, so ist doch die Dauer erheblich länger. Die 8962 Stellenlosen erhielten für 318 512 Tage 470 920,07 M. Unterstützung, so daß die Angestelltenverbände durchschnittlich pro Tag 1,48 M. Stellenlosenunterstützung zahlen.

Lohnbewegungen.

In der Rheinischen Maschinen- und Metallwarenfabrik (Ehrhardt) sind die Arbeiter in eine Bewegung zwecks Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit eingetreten. Die Firma hat nicht nur jedes Entgegenkommen abgelehnt, sondern weigert sich auch, mit der von den Arbeitern gewählten Kommission zu verhandeln. Von den beteiligten Arbeiter-Organisationen ist beschlossen worden, den Betrieb vorläufig zu sperren.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter ist in Lübeck in ein eigenartiges Stadium getreten. Die große Mehrheit der Lübecker Holzarbeiter ist bei Möbelfabrikanten beschäftigt. Der mit ihnen abgeschlossene Tarif ist jetzt um ein Jahr verlängert worden. Sollte nun die vom Arbeitgeberschutzverband geplante Aussperrung perfekt werden, so würde in Lübeck nur ein Bruchteil der Holzarbeiter daran beteiligt sein, was für den Verlauf der Dinge von erheblicher Bedeutung ist.

In Solingen sind die Schlacht-, Brot- und Plattenmesser-Reider in einen Lohnkampf getreten. Weil die Hauptversammlung des Fabrikantenvereins das neue Preisverzeichnis der Reider nicht anerkennen wollte, hat der Solinger Industriearbeiterverband über 124 Firmen die Sperre verhängt.

Ausland.

Beendigung des Buchdruckerstreiks in Amsterdam.

In einer Versammlung beschlossen die ausständigen Buchdrucker, am 5. Februar die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie nehmen die Bedingungen der Arbeitgeber an, die der geforderten Erhöhung der Löhne teilweise zustimmten.

Konkurrenzlos ist nur
Tymians Thalia-Theater
Dresden-N. Görlitzer Str. 6 Teleph. 4880
Täglich 8.20 Uhr
Sonntags 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Frühschoppen 30 u. 50 Pf. Entree. Donnerst.: „Bonnekatter".
Vorzugsl. Woche u. Sonnt. nachm. gültig.